Datenschutzkonzept

Progressiver Eltern- und Erzieher*innen-Verband (PEV) NRW e.V.

Version 3c, 10/23 (Erstfassung 05/18)

Erfassung, Speicherung und Bearbeitung personenbezogener Daten beim PEV

Der PEV verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Der Datenschutz ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des PEV. Die Datenerhebung gehört zur Alltagspraxis des PEV. Der Umgang mit personenbezogenen Daten gehört zum Kerngeschäft unserer Arbeit und ist eine Grundvoraussetzung zur Organisation und Erbringung unserer Strukturen und Angebote sowie zur Organisation der damit zusammenhängenden Fördermittel. Öffentlich verantwortete Bildung ist ein personenbezogenes Arbeitsfeld, das aus sich heraus den Austausch von Daten zwischen Nutzer*innen und Anbieter*innen mit sich bringt.

Ebenso ist die Beschäftigung von hauptamtlichem Personal und der Einsatz von Referent*innen für die Bildungsangebote und Supportleistungen nur auf der Grundlage von Datenaustausch, Speicherung und Verarbeitung möglich.

Wir verarbeiten daher personenbezogene Daten

(1) soweit an der Verarbeitung ein berechtigtes Interesse besteht (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO)
(2) die jeweiligen Personen oder Sorgeberechtigten stellvertretend in die Datenverarbeitung und -nutzung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO)
(3) die Verarbeitung für die Anbahnung, Begründung, inhaltliche Ausgestaltung oder Änderung eines Rechtsverhältnisses erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO)
(4) eine sonstige Rechtsnorm die Verarbeitung erfordert.

Das Zustandekommen einer Zusammenarbeit mit dem PEV ist insofern rechtlich immer ein Vertrag auch zum Nutzen der Mitwirkenden, der freiwillig und wissentlich eingegangen wird und für die Zukunft wieder aufgelöst werden kann. Unabhängig von der Rechtmäßigkeit der Datenerhebung und Datennutzung ist der PEV im Rahmen dieses Datenschutzkonzeptes inständig bemüht, die Persönlichkeitsrechte der Beteiligten umfänglich zu wahren und Datenmissbrauch entgegenzuwirken.

Die Einhaltung des Datenschutzes wird im Rahmen der DIN ISO Zertifizierung regelmäßig überprüft. Der PEV verpflichtet sich zu Datensparsamkeit und verfolgt dabei den Grundsatz, dass nur diejenigen personenbezogenen Daten verarbeitet werden dürfen, die für die Erfüllung der erforderlichen Aufgaben notwendig sind.

Das vorliegende Datenschutzkonzept bezieht sich auf alle Nutzer*innen des PEV wie Teilnehmende, Haupt-, Neben- und Ehrenamtliche, den Verband, den Verein, die Familienbildungsstätte und die Projekte. Es besteht aus einem Grundlagenkonzept zur Datenverarbeitung im Teil A und einem anwendungsspezifischen Datenschutzkonzept der Organisation im Teil B.

A Grundlagenkonzept zur Datenverarbeitung

1. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten unserer Nutzer*innen grundsätzlich nur, soweit dies zur Bereitstellung einer funktionsfähigen Website sowie unserer Inhalte und Leistungen erforderlich ist. Die Verarbeitung personenbezogener Daten unserer Nutzer*innen erfolgt regelmäßig nur nach Einwilligung der Nutzer*innen. Eine Ausnahme gilt in solchen Fällen, in denen eine vorherige Einholung einer Einwilligung aus tatsächlichen Gründen nicht möglich ist und die Verarbeitung der Daten durch gesetzliche Vorschriften gestattet ist.

2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. a EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als Rechtsgrundlage.
Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.
Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unser Verein unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage.
Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. d DSGVO als Rechtsgrundlage.
Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses unseres Vereins oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

3. Datenlöschung und Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

4. Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden.

Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

(1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden
(2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden
(3) die Empfänger*innen bzw. die Kategorien von Empfänger*innen, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden
(4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer

(5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung
(6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde
(7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden
(8) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

5. Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/ oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

6. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

(1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen
(2) wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen
(3) wenn der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen
(4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

7. Recht auf Löschung

7.1 Löschungspflicht

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

(1) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
(2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
(3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
(4) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
(5) Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
(6) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

7.2 Information an Dritte

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und angemessener Implementierungskosten entsprechende Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder die Löschung von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

7.3 Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

(1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information
(2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde
(3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO
(4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
(5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

8. Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfänger*innen, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger*innen unterrichtet zu werden.

9. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht, diese Daten anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

(1) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO beruht und
(2) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einer verantwortlichen Person an eine andere verantwortliche Person übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

10. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling wie beispielsweise zur Berücksichtigung persönlicher Aspekte im Rahmen einer zielgruppengemäßen Ansprache.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Sie haben die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft – ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG – Ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

10.1 Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

10.2 Automatisierte Entscheidung im Einzelfall einschließlich Profiling

Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung

(1) für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen Ihnen und dem Verantwortlichen erforderlich ist
(2) aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen der Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten
(3) mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.

Allerdings dürfen diese Entscheidungen nicht auf besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO beruhen, sofern nicht Art. 9 Abs. 2 lit. a oder g DSGVO gilt und angemessene Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen getroffen wurden.

Hinsichtlich der in (1) und (3) genannten Fälle trifft der Verantwortliche angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie Ihre berechtigten Interessen zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens des Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.

11. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den*die Beschwerdeführer*in über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

B Anwendungsspezifisches Datenschutzkonzept

1. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten

Das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten hat gemäß Art. 30 Abs. 1 DSGVO folgende Angaben zu enthalten:

- Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen: Manuel Becker, Schaeferstraße 11, 44623 Herne, 02323-49317-60, info@pevnrw.de
- Zweck der Verarbeitung:
  - Sicherstellung des Anmeldeverfahrens, Kontaktaufnahme bei Buchungsanfragen, Sicherstellung der Kommunikation im Durchführungs-/ Realisierungsprozess
  - Dokumentation der Teilnahme gegenüber den Fördergebern, Organisation und Durchführung des Bildungsprogramms, Sicherstellung pädagogisch/ fachlich sinnvoller Veranstaltungsdurchführung
  - Kontaktaufnahme bei Einsatzanfragen/ Vorstellungen von Referent*innen
  - Bewertung/ Beurteilung von Bestell- und Abrechnungsprozessen von Lieferant*innen
- Kategorien betroffener Personen
  - Mitglieder
  - Teilnehmende (Erwachsene, Kinder)
  - Haupt-, Neben- und Ehrenamtliche (Datenschutzerklärungen)
  - Lieferant*innen
- Kategorien personenbezogener Daten
  - Name, Anschrift, Geburtsdatum, Familienzugehörigkeit, Kontaktdaten, Bankverbindung, Hinweise zu Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmenden,
  - Personenbezogene Beschwerden zu Veranstaltungen etc. werden, namentliches Feedbackmanagement
  - Qualifikationen, Zeugnisse, fachliche Kompetenzen, thematische und methodische Präferenzen, Honorarverträge, Leistungsvereinbarungen, Durchführungsvereinbarungen der Referent*innen
  - Dienstleistungen der (persönliche) Lieferant*innen
- Besonders schützenswerte Daten: Führungszeugnisse, Gesundheitszeugnisse, Gesundheitsdaten, Informationen der Kranken- und Rentenversicherungsträger, Steueridentifikationsnummern, Sozialversicherungsnummer, amtliche Mitteilungen zu Nutzer*innen
- Einweisung, Unterweisung und Schulungen zum Datenschutz:
  - Einweisung vor Aufnahme der Beschäftigung/ Tätigkeit
  - Individuelle Unterweisung bei Bedarf
  - Grundsätzliche Unterweisung bei Änderungen zum Datenschutz
  - Regelmäßige Schulungen der hauptamtlichen Mitarbeitenden
- Kategorien von Empfänger*innen
  - Haupt-, Neben- und Ehrenamtliche, Fördermittelgeber*innen und amtliche Stellen wie Behörden, Dienstleister Certqua zur Zertfizierung nach ISO 9001, auditierende und prüfende Stellen
- Dokumente: Anmeldebogen, E-Mails, Kontaktformulare (über Website), Teilnehmendenlisten, Einverständniserklärungen, Informationsschreiben, Zahlungsaufforderung, Rechnungen, Überweisungen, weitere Unterlagen
- Übermittlungen von Daten an Fördermittelgeber*innen, Behörden usw. (Nachweispflichten….)
- Beschreibung der technischen und organisatorischen Maßnahmen wie passwortgeschützte Rechner und Elektronischer Transfer personenbezogener Daten per E-Mail, s. Belehrung vom 17.07.20 sowie den Hinweis auf die gesonderte Darstellung des Daten-

schutzes auf der Website; vgl. Datenschutzkonformität der Website und vgl. das Netzwerk- u. Hardwaresicherheitskonzept bezüglich Zugängen, Abläufen, Datensicherung, Administrationsrechten und Verschlüsselungskonzept (durch komplex IT GmbH, Essen)

2. Rechtsgrundlage

Hier wird beschrieben, auf welcher Grundlage die entsprechenden Daten verarbeitet werden, gemäß dem Grundsatz der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung nach Art. 6 DSGVO sowie den §§ 5 und 13 des Telemediengesetzes (TMG).

3. Löschung von Daten

Dieser Bereich beantwortet, wann welche Daten gelöscht werden sowie welche gesetzlichen Aufbewahrungspflichten dafür die Grundlage bilden.

Dies betrifft beim PEV folgende Datenbestände:

- Teilnehmer*innen
- Referent*innen
- Lieferant*innen
- Fördergeber*innen
- Finanzbehörden
- Vorstand und Mitglieder

Aufbewahrungsfristen richten sich nach den jeweiligen Bestimmungen der Fördermittelgeber*innen, die in der Regel zwischen 5 und 10 Jahren betragen.

4. Auftragsverarbeitung (AV-Vertrag)

Sollten Teile der Datenverarbeitung außerhalb der Organisation durch eine*n Auftragsverarbeiter*in nach Art. 28 DSGVO vorgenommen werden, ist auch dies zu dokumentieren sowie vertraglich genau festzuhalten.

Zur Auftragsdatenverarbeitung für die Lohnbuchhaltung der hauptamtlich Angestellten existiert ein Vertrag mit dem Falken Bildungs- und Freizeitwerk NRW e.V., Herne.

5. Datenschutzbeauftragter

Der Datenschutzbeauftragte (DSB) wird hier bezeichnet und kann Anmerkungen zu Systemen und Prozessen hinterlassen. Ein*e Datenschutzbeauftragte*r muss nicht bestellt werden, da der PEV weniger als zehn Vollzeitäquivalente mit Beschäftigten besetzt.

6. Zugriffe

Folgende natürliche und juristische Personen haben gemäß des Berechtigungskonzeptes des PEV Zugriff auf die beschriebenen personenbezogenen Daten:

- Angestellte des PEV (Hauptamtliche)
- Vorstand
- Beauftragte externe Mitarbeitende
- Fördergeber*innen und deren Prüfstellen
- Auditierende und deren Prüfstellen

Der PEV stellt bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten sicher, dass nur berechtigte Personen einen Zugriff haben, und verhindert in diesem Kontext, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten benutzt werden. Hierzu greift die Organisation auf interne Passwortrichtlinien zurück, die die Vergabe, Erstellung und Aktualisierung sicherer Passwörter gewährleisten.

7. Auskunftserteilungen und Datenpannen

Der PEV gewährleistet jederzeit die Auskunftserteilung gegenüber Nutzenden und Rechteinhaber*innen, auch und besonders im Fall von Datenpannen. Entsprechend regelt das PEV-Datenschutzkonzept in vier Schritten, wie im Falle von (vermeintlichen) Datenpannen, Datenlecks oder Datenschutzverstößen gemäß Art. 4 Nr. 12 DSGVO zu verfahren ist. Für dieses Verfahren ist es unerheblich, ob die Verletzung des Schutzes der personenbezogenen Daten unbeabsichtigt oder beabsichtigt passiert ist.

1. Miteinbeziehung der für Datenschutz verantwortlichen Fachkraft (Geschäftsführung des PEV NRW), um Umfang und Art der Datenschutzverletzung sowie geeignete Sofortmaßnahmen und weitere Schritte gemäß DSGVO zu klären
2. Begrenzung des Schadens der Datenschutzverletzung durch unmittelbare Maßnahmen
3. Ggf. Meldung an die zuständige Aufsichtsbehörde binnen 72 Stunden nach Bekanntwerden, wenn aus dem Klärungsprozess hervorgeht, dass die Datenschutzverletzung ein Risiko oder hohes Risiko für den*die Betroffene*n darstellt. Ein Risiko liegt gemäß DSGVO vor, wenn Betroffene
   (1) die Kontrolle über ihre Daten verlieren
   (2) eine Einschränkung ihrer Rechte befürchten müssen
   (3) eine Diskriminierung befürchten müssen
   (4) einen Identitätsdiebstahl oder -betrug befürchten müssen
   (5) einen finanziellen Verlust befürchten müssen
   (6) wirtschaftliche oder gesellschaftliche Nachteile befürchten müssen.
4. Ggf. Meldung an den*die Betroffene*n je nach Schwere der Datenschutzverletzung, um eigene Abhilfemaßnahmen zu treffen

Für die Punkte 3 und 4 gilt folgende Übersicht als maßgeblich:

Pflichten / **Risiko**	Interne Dokumentationspflicht (Art. 33 Abs. 5 DSGVO)	Meldepflicht an zuständige Aufsichtsbehörde (Art. 33 Abs. 1 DSGVO)	Benachrichtigungspflicht gegenüber betroffenen Personen (Art. 34 DSGVO)
Voraussichtlich kein bzw. nur geringes Risiko	ja	nein	nein
Risiko	ja	ja	nein
Hohes Risiko	ja	ja	ja

Bei (potenziellen) Datenschutzverletzungen, -verstößen oder -pannen steht für Auskunft und Beratung der Verantwortliche des PEV zur Verfügung: Manuel Becker, Schaeferstraße 11, 44623 Herne, 02323-49317-66, manuel.becker@pevnrw.de.

Darüber hinaus steht es allen betroffenen Personen frei, (potenzielle) Datenschutzverletzungen gegenüber der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW anzuzeigen: LDI NRW, Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf, 0211-38424-0, poststelle@ldi.nrw.de, https://www.ldi.nrw.de/kontakt/ihre-beschwerde.

Schlussbemerkung

Der Progressive Eltern und Erzieher*innen-Verband NRW versteht sich als lernende Organisation, die gemeinsam mit ihren haupt- wie neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen an der Fortentwicklung ihrer Qualität arbeitet. Aus diesem Grund wird dieses Konzept fortwährend ergänzt und aktualisiert.